

Verantwortlicher Redakteur: S. Moser in Stettin.  
 Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeile oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Neuesten 30 Pf.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Moser, Hansen & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heine, Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Der Besuch des Königs von Italien in Berlin ist ein gewichtiges Zeichen unserer Zeit. Er zeigt, daß die alte Kluft, welche einst Deutschland und Italien trennte und verfeindete, längst überbrückt ist, daß bei Völkern, welche für die Kultur der Menschheit so überaus wichtig sind, jetzt eng verbunden das friedliche und gemeinsame Wege gehen, jedem Feinde des Friedens und der Menschheit zum Troste.

Im Mittelalter, als die deutschen Kaiser im Verein mit den Päpsten die obersten Schutzherrn der gesammten abendländischen Christenheit sein wollten und als solche auch die Oberherrschaft in Italien anstrebten, da herrschte Feindschaft zwischen Italien und Deutschland und diese Feindschaft und feindselige Stimmung hat dann auch später fortgedauert, als die österreichischen Kaiser den Norden Italiens, die Lombardie und Venetien beherrschten und dadurch einen schmerzlichen Druck auf Italiens Völker ausübten.

Erst in neuester Zeit ist hierin ein völliger Umschwung eingetreten, als in Italien Savoyens Könige die Völker Italiens zu einem einheitlichen Staatsganzen verbunden und als in Deutschland das Haus der Hohenzollern in entsprechender Weise die Völker Deutschlands zu einem einzigen Reiche zu verschmelzen verstand. Seit dieser Zeit ist der Freundschaftsbund Italiens und Deutschlands entstanden und auf gemeinsamen Interessen fest begründet.

Im österreichisch-preussischen Kriege von 1866 sind Preußen und Italiener zum ersten Male als Bundesgenossen aufgetreten. Und bei dem vereinten Vorgehen veranlaßt Italien die Erwerbung Venetiens, und Deutschland die Einigung aller deutschen Stämme unter der Führung von Preußens Königen. Seit dem französisch-deutschen Kriege von 1870-71 ist diese Freundschaft erstarkt und zu einem bleibenden Freundschaftsbunde erwachsen. Italien hat in diesem Kriege die Hauptrolle Italiens, das ruhmvolle Rom, wiedererlangt und damit den Schlüssel für den einheitlichen Bau eines nationalen italienischen mächtigen Reiches gewonnen. Deutschland aber ist in diesem Kriege zu dem acht deutschen Kaiserreiche erwachsen, welches fern von allen Eroberungsgelüsten in sich die Quellen der Macht und des Glühes sucht und findet, und dadurch zum mächtigen Friedensheute Europas geworden und als solcher allseitig anerkannt ist.

Beide vereinigten Reiche verfolgen seit dieser Zeit die gleichen Ziele: die Bildung und Festigung ihrer Völker, die Hebung des Volkswohlfandes und die Sicherung des Friedens, den Eroberungsgelüsten der westlichen und östlichen Nachbarn einerseits, den Herrschaftsgelüsten der Anarchisten und Ultramontanen andererseits zum Troste, welche so sehr die sich aufsperrn, die Segnungen dieses Bündnisses allseitig anerkennen müssen.

Für beide Völker aber bringt dieses Bündnis gleich segensreiche Früchte. Für Deutschland erwacht durch dieses Bündnis eine mächtige Stütze, den stets kriegerischen, reuendeherrschenden Franzosen gegenüber. Für Italien erwacht in gleicher Weise eine mächtige Stütze, den herrschaftgelüsten, nimmermüden Ultramontanen gegenüber.

Wir interessieren uns für christliche Freunde der christlich-katholischen Kirche und wissen, daß dieselben alles Gedenken; aber wir sind ebenso auch entschiedene Gegner einer römischen Pfaffenwirtschaft und eines verkommenen, herrschaftgelüsten Ultramontanismus, der die Völker nicht heben und bilden, sondern frachten und verkommen will, der statt dem Volkswohlfahrt im Staate zu dienen, nur eine Pfaffenwirtschaft aufbaut und dadurch der christlich-katholischen Kirche wiederholt zum Verberben gereicht hat.

Unser Herr Christus hat seinen Aposteln wiederholt gepredigt: Mein Reich ist nicht von dieser Welt, und keiner soll unter euch der erste sein, sondern Wer der erste sein will, der soll der letzte sein. Ein Irrethum ist es daher an der christlich-katholischen Kirche: Wenn irgend ein Pfaffe sich die Herrschaft über alle Christen beansprucht, oder wenn er andererseits ein weltliches Reich zu beherrschen verlangt, was keinem christlichen Bischöfe geziem.

Solchen Feinden des Völkervertriedens und der Volkswohlfahrt gegenüber ist diese feste Bündnis der Italiener und der Deutschen von großem, für die ganze Christenheit unermeßlichem Werthe.

### Deutscher Reichstag.

73. Sitzung vom 22. Mai.

Präsident v. Loebe eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats: v. Böttcher, Feiler, v. Marbach u. A.

Die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung wird fortgesetzt.

Die §§ 10-12 werden ohne Diskussion mit einer von den Abg. Dr. Buhl und Gen. beantragten redaktionellen Veränderungen angenommen.

Die Beratung über § 13 wird wegen des Zusammenhanges derselben mit den §§ 7 u. ff. bis zur Beratung dieser Paragraphen ausgesetzt und hierauf wegen des fast leeren Hauses auf Vorschlag des Präsidenten v. Loebe auf die Sitzung auf eine Viertelstunde vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung werden die §§ 14 und 15 ohne Diskussion genehmigt.

In § 15a (Reservensoldaten) wird auf Antrag des Abg. v. Gager statt des Wortes „Aufsichtsbefehl“ gesetzt: „Rechts-Versicherungsschein“.

§ 16 bestimmt die Lohnklassen. In Verbindung mit diesem Paragraphen werden die §§ 7, 7a u. ff., welche von dem Gegenstande der Versicherung handeln und deren Beratung ausgesetzt war, mit zur Diskussion gestellt.

Die Abg. v. Brand u. Gen. (konf.) beantragen die Streichung des § 16.

Nach § 16 gilt als Jahresarbeitsverdienst für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen der für sie auf Grund des § 6 Absatz 3 des Gesetzes vom 5. Mai 1886 festgesetzte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst. Die Abg. Dr. Buhl u. Gen. beantragen zu setzen: „der für sie von der höheren Verwaltungsbehörde festzusetzende“.

Nach § 7 ist Erwerbsunfähigkeit dann anzunehmen, wenn der Versicherte in Folge seines körperlichen oder geistigen Zustandes nicht im Stande ist, mindestens einen Beitrag zu verdienen, welcher gleichkommt der Summe eines Sechstels des Lohnsatzes derjenigen Lohnklasse, in welcher für ihn zuletzt Beiträge gezahlt sind.

Die Abg. Dr. Buhl u. Gen. beantragen zu setzen: „der Summe eines Sechstels des Durchschnitts der Lohnsätze, nach welcher für ihn während der letzten 5 Jahre Beiträge entrichtet worden sind.“

Abg. Graf Holstein (konf.) führt zur Begründung des Antrages v. Brand aus, daß er von der Einführung der Lohnklassen eine Schädigung der Landwirtschaft nach der Richtung hin fürchte, daß die Auswanderung der ländlichen Arbeiter vom Osten nach den westlichen Industriezentren begünstigt und dadurch der schon stark fühlende Mangel an Arbeitskräften noch vermehrt werde. Diese Disparität der Lohnklassen müsse durch Einführung der Einheitsrente beseitigt werden, welche auch den Vorzug der größeren Einfachheit habe. Ohne die Einheitsrente sei das Gesetz unbrauchbar. Im Uebrigen könne er seine volle Zustimmung zu dem Gesetze aussprechen.

Abg. Struckmann (natl.): Es sei in dem gegenwärtigen Stadium der Beratung nicht möglich in eine materielle Erörterung der Einheitsrente einzutreten. Die Antragsteller erwarten wohl selbst nicht die Annahme ihres Vorschlages, sondern wollten nur bis zum letzten Augenblicke ihre abweichende Stellung betonen.

Abg. v. Kötter (konf.) erklärt, daß es ihm und seinen Freunden mit der Einheitsrente voller Ernst sei und er doch das Bedenken der Streichung des § 16 befürworte, denn in diesem Falle würde vielleicht eine Reihe von stillen Gegnern des Gesetzes sich zu lauten Fremden bekennen. Er kämpfe bei diesem Vorgehen nicht, wie Herr v. Böttcher behauptete, gegen die kaiserliche Politik, aber er warne vor dem Wege, auf dem die Ziele dieser Politik unmöglich erreicht werden können. Er sei der Ueberzeugung, daß, wenn das Gesetz erst im Leben funktioniere, noch mancher Paragraph von der Volkskraft verschwinden werde. Er und seine Freunde wollen für das Gesetz stimmen, ob sie es aber ohne Einheitsrente thun werden, wisse er noch nicht. Für ihn sei hauptsächlich der Grund maßgebend: die Verabschiedung des Gesetzes sei der Wunsch seines Kaisers. (Weißl. rechts.)

Staatssekretär v. Böttcher begreift mit großer Freude diese Erklärung eines früheren Gegners des Gesetzes, er könne aber nicht zugeben, daß er den konservativen Gegnern des Gesetzes den Vorwurf gemacht habe, sie stünden nicht auf dem Boden der kaiserlichen Politik. Er habe auch die Hoffnung, daß durch die weitere Verhandlung das Verständnis und die Sympathie für dieses Gesetz in immer weitere Kreise dringe. Vom Standpunkte des Sozialpolitikers verdienen die Lohnklassen jedenfalls den Vorzug vor der Einheitsrente, denn sozialpolitisch sei es ein richtiger Gedanke, daß der höher gelohnte Arbeiter auch eine höhere Invalidenrente erhalte. Habe man bei der Abgrenzung der Lohnklassen etwas fahrlässig, so werde man späterhin Korrekturen machen können.

Abg. Hahn (konf.) empfiehlt die Annahme des Antrages von Brand, ebenso.

Abg. Holz (Reichsp.) erklärt, daß das Schicksal dieses Antrages, sowie die Abstimmung über das ganze Gesetz nicht alteriren werde. Nebenher findet also die gegen ihn gerichteten Vorwürfe des Reichstages zu widerlegen und erklärt, er werde die Politik des Kanzlers, in welcher er einen guten Theil seines politischen Programms verkörpert finde, stets unterstützen und bedauernd bezeugen, daß er es in diesem Falle nicht könne.

Nachdem Abg. Schrader (fr.) ebenfalls den Antrag von Brand empfohlen, werden die §§ 7, 7a u. ff. und 16 mit den Anträgen Dr. Buhl und Genossen angenommen, wodurch der Antrag von Brand erledigt ist.

Es wird hierauf zurückgegangen zu den §§ 13 und 13a (Beitragsjahr). Nach § 13 gelten als Beitragsjahr 47 Beitragswochen. Die Dauer einer Krankheit ist nicht als Beitragszeit in Anrechnung zu bringen, wenn der Versicherte sich die Krankheit vorzuziehen oder durch schuldhaftes Verhalten der Arbeitgeber oder durch geschäftliche Ausstellungen ausgesetzt war.

Abg. v. Fellen (Zur.) beantragte, hinter den Worten „vorzuziehen“ einzuschalten: „bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrochens.“

Direktor Boffe bezeichnet diesen Antrag als eine Verbesserung.

Der Antrag und mit ihm § 13 wird angenommen, ebenso § 13a.

Nach § 17 sollen die Beiträge für alle in derselben Versicherungsanstalt versicherten Personen in gleichen Theilbeträgen des mittleren Jahresarbeitsverdienstes ihrer Lohnklasse festgesetzt, jedoch für einzelne Berufsstände verschiedene bemessen werden können.

Die Abg. Dr. Buhl u. Gen. beantragen eine andere Fassung dieser Bestimmungen, wonach die Beiträge nach den Lohnklassen in der Weise bemessen werden müssen, daß durch die in jeder Lohnklasse aufkommenden Beiträge die Belastung gedeckt wird, welche durch die auf Grund dieser Beiträge entstehenden Ansprüche der Versicherungsanstalt voraussichtlich erwächst u. s. w.

Nachdem Abg. Dr. Buhl diesen Antrag kurz gerechtfertigt und darauf hingewiesen, daß mit demselben nichts Neues beantragt, sondern nur der Gedanke klargestellt werden solle, der in § 17 nicht genügend zum Ausdruck gekommen sei, erklärt sich

Abg. Schmidt-Elberfeld (deutsche.) dagegen, weil mit demselben das Prinzip des Gesetzes verlassen worden sei. Es verträge sich nicht mit den Grundbegriffen der christlichen Moral, wenn man jemand zwingt, Beiträge zu zahlen und dann dem Einen andere Rechte zu geben, als dem Andern.

Geheimrath v. Wöbke bekräftigt, daß der Antrag Buhl durchaus kein neues Prinzip aufstellen, sondern das bisherige nur klarer und korrekter ausdrücken wolle. Wenn der Vorredner behauptet, daß die untersten Lohnklassen zu stark belastet würden, so liege das an dem Grundfeste von 60 Mark, der aufgebracht werden müsse, prozentual aber erhalte diese Lohnklasse auch eine höhere Rente. Die Gleichmäßigkeit zwischen Beiträgen und Renten sei in allen Lohnklassen gewahrt.

Abg. Hegel (konf.) stimmt den Ausführungen des Regierungsvorredners durchweg zu.

Abg. Schmidt-Elberfeld wiederholt noch einmal, daß die Gerechtigkeit nicht gewahrt sei, wenn Alles, was früher oder später inaktiv werde,

würde anders behandelt. Neue Anträge gegenwärtig zu stellen, könne von ihm nicht verlangt werden, er habe aber das Recht und die Pflicht, in letzter Stunde noch einmal auf die ungerechten Wirkungen dieser Bestimmungen hinzuweisen.

Geheimrath v. Wöbke widerlegt noch einmal die Ausführungen des Vorredners und meint, daß dieselben zu § 18a, nicht aber zu § 17 gehörten.

§ 17 wird darnach in der von den Abg. Dr. Buhl und Gen. vorgeschlagenen Fassung angenommen, ebenso § 18.

Nach § 18a beträgt der von der Versicherungsanstalt aufzubringende Theil der Altersrente nach mindestens 30 Beitragswochen in den vier Lohnklassen 65, resp. 80, 115 und 115 Mark.

Die Abg. Dr. Buhl u. Gen. beantragen, diese Bestimmungen dahin zu ändern: „Der von der Versicherungsanstalt aufzubringende Theil der Altersrente beträgt für jede Beitragswoche in den vier Lohnklassen 1: 4 Pf., 2: 6 Pf., 3: 8 Pf. und 4: 10 Pf., mehr als 1410 Beitragswochen werden dabei nicht in Anrechnung gebracht.“

Abg. v. Biele (natl.) beantragt hierzu, den letzten Satz folgendermaßen zu fassen: „Dabei werden 1410 Beitragswochen in Anrechnung gebracht.“

Abg. Dr. Buhl erklärt, daß sein Antrag den Zweck habe, die Regelung der Altersrente auf denselben Prinzip herbeizuführen, wie die Invalidenrente.

Abg. Vohren (Reichsp.): Das Gesetz enthalte eine Ungerechtigkeit, welche sich mit der kaiserlichen Politik nicht vertrage; die Belastung sei eine ungleichere und werde später finanzielle und soziale Gefahren in sich. Die Berechnung, welche die Regierung hier aufgestellt habe, sei genau so unrichtig, wie dies bei der Berechnung der Rente war, hier werde Alles der Zukunft überlassen und gesagt: „wer den Zweck wolle, müsse auch die Mittel finden.“ Das sei keine Begründung für ein derartiges Gesetz, das sei eine Argumentation, deren sich die Sozialdemokraten am besten bedienen würden. Dieses Gesetz gebe auf Kosten von 11 Millionen Arbeiter einen kleinen Theil, welche niemals gearbeitet haben, ein klagbares Recht auf Rente; er wolle das Gesetz aufbauen auf dem Bedürfnis nach Versicherung und er wolle mit Freunden Millionen für die Witwen und Waisen bewilligen. Für dieses Gesetz könne er die ungeheuren Ausgaben nicht übernehmen; dieses Gesetz sei eine Schraube und an der Schraube sei eine Kugel, an welcher das allgemeine Wahlrecht hänge. Werde die Kugel gedrückt, so werde eine Zerrammerung der gesammten kapitalistischen Produktion die Folge sein.

Das Gesetz sei für ihn absolut unannehmbar und bringe er schon ein großes Opfer, wenn er sich der Abstimmung enthalte.

Nachdem Geheimrath v. Wöbke die Ausführungen des Vorredners widerlegt, erklärt Direktor Boffe, daß der Antrag Buhl eine Konsequenz des Antrages Buhl sei und daher angenommen werden müsse.

Abg. v. Kardoff (Reichsp.) erklärt, daß man nicht erwarten dürfe, daß der Abg. Vohren noch einmal eine so allgemeine Rede gegen das Gesetz halten würde. Um seinen Zweifel obwalten zu lassen, erkläre er, daß derselbe einen völlig vereinzelt Standpunkt in der Fraktion einnehme und daß kein einziges Mitglied denselben theile.

Abg. Vohren: Nach dieser Erklärung werde er gegen das Gesetz stimmen, um seinen Standpunkt ganz korrekt zu bekunden. (Sehr richtig!) Er werde sich nicht beirren lassen, seine Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen und eine solche Korrektur gehe doch zu weit. Dem Regierungsvorredner erwidere er: es handelt sich hier um die Frage, was bringen wir unsern Mitbürgern mit nach Haus, und die Antwort ist: die ganze Last. (Sehr wahr! links.)

Abg. Prinz zu Carolath (Reichsp.) beantragt die Versetzung des Abg. v. Kardoff, da seine Veranlassung zu der dem Abg. Vohren erteilten Korrektur vorgelegen habe. Der Abg. Vohren habe nur in seinem eigenen Namen gesprochen und sich nicht einmal gegen das Gesetz erklärt. (Weißl.)

Abg. v. Kardoff: Diese Angelegenheit interessire das Haus nicht. (Sehr richtig!) Daß der Abg. Vohren jetzt gegen das Gesetz stimme, sei nach seinem Standpunkte vollkommen gerechtfertigt.

Abg. Prinz zu Carolath: Er habe zu erklären, daß der Zwischenfall, den er lebhaft bedauere, nicht von ihm veranlaßt sei.

§ 18a wird darauf nach dem Antrage Dr. Buhl mit dem Annehmen v. Biele angenommen.

Die §§ 18b bis 27a.

Abg. Schrader beantragt die Einfügung eines neuen § 27b, wonach die Bestimmungen der §§ 27 und 27a (Verhältnis zu andern Anträgen) auch auf die für die Rente für Invalidität und Alter bestehenden Kassen Anwendung finden sollen, hinsichtlich deren auf Grund ortsstatutarischer Bestimmungen eine Verpflichtung zum Beitritt bestehe.

Abg. Freiherr v. Stumm und Direktor Boffe erklären sich für diesen Antrag, der eine Konsequenz früherer Beschlüsse sei.

Der Antrag wird angenommen.

Zu § 30 (Versicherungsanstalten) beantragen die Abg. Graf Stolberg und Hahn (konf.) einen neuen § 30a, welcher die Errichtung von landwirtschaftlichen Versicherungsanstalten für den Bezirk der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen bezwecke.

Nachdem Abg. Hahn den Antrag kurz bekräftigt, erklärt Abg. Struckmann sich aus formellen und materiellen Gründen gegen denselben, weil durch dessen Annahme das Schicksal des ganzen Gesetzes im höchsten Grade gefährdet würde.

§ 30 wird angenommen, der Antrag Graf Stolberg-Hahn dagegen abgelehnt.

Die §§ 31-47 werden ohne wesentliche Diskussion angenommen, ebenso § 48 (Bestrafung derjenigen, welche die auf sie gefallene Wahl zu einem Ehrenamte ohne zulässigen Grund ablehnen) nach einem eine präzisere Fassung enthaltenden Amendement v. Strombeck.

Nach Erledigung der §§ 49-57 wird die weitere Beratung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Auf Anfrage des Abg. Richter erklärt Präsident v. Loebe, daß er zwar offizielle Kenntniss nicht habe, er aber doch vermüthe, daß der Schluß der Session „recht bald“ eintreten würde.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Windthorst, ob dies „recht bald“ sich auf morgen beziehe, erklärt der Präsident, daß dies nicht der Fall sei.

### Die Parade der Berliner und Spandauer Garnison.

Unter allen Festlichkeiten, welche zu Ehren des Königs Humbert in Berlin in Aussicht genommen sind, nahm die gefeierte Parade der Berliner und Spandauer Garnison mit die hervorragendste Stelle ein, hatte dieselbe doch den Zweck, unserm hohen Verbündeten einen Theil der Beherkraft Deutschlands vorzuführen. Wir entnehmen Berliner Blättern über die Parade Folgendes:

Galt von jeher die Frühlingsparade den Berlinern als Festtag, so ist leicht zu verstehen, welche Massen sich gestern dazu drängen mußten, das Schauspiel mit anzusehen. In frühesten Morgenstunden bewegte sich eine Armee von Fußgänger nach dem Kreuzberg, um dort die besten Plätze zu erobern; bald begannen auch die Wagen nach gleicher Richtung zu rollen und es war ein Schauspiel im Schauspiel, zu beobachten, wie viel Gefährte und wie verschiedenartige Berlin im Nothfall zu mobilisiren vermag. Wagen von allen Formen und Dimensionen, vom elegantesten Landauer bis zum Milchwagen letzter Klasse, Wagen mit oder ohne Passirchein, Wagen, aus denen die Unterhaltung der besten Gesellschaft, und solche, aus denen das Ungeheuer gewaltiger Dieraffen entgegenstarrte — sie alle haben das gleiche Ziel und erreichen es am Ende, wenn auch auf verschiedenen Wegen. Durch die vorgerückte Festtag, die Königgrader, die geschmückte Bismarckstraße, die Friedrichstraße, und durch die Lindenstraße wälzen sich die Hauptströme der Karawanen durch das halbesche Thor und die Belle-Alliancestraße dem Paradeplatz zu. Dort nehmen gegen 8 Uhr die kommandirten Truppen der Berliner und Spandauer Garnison die befohlene Aufstellung ein. Diese erfolgt in der üblichen Weise in zwei Treffen, deren erstes die Infanterie, deren zweites die Kavallerie, Artillerie und der Train umfaßt. An die Spitze und die Leib-Gendarmarie, die zum ersten Male in der neuen kleinfarbenen Uniform, mit Achselklappen und goldenen Adlern auf den blühenden Helmen erscheint, schließen sich die Kadetten an. Hinterher, welche in Wehr und Waffen ausgerüstet sind, jedoch den Vorbereitungen nicht mitmachen; dann folgt das zweite Garde-Regiment zu Fuß, die Garde-Füsilier und das vierte Garde-Regiment zu Fuß. Als zweite Brigade folgen die Grenadier-Regimenter Alexander und Elisabeth, sowie das Garde-Schützen-Bataillon in Linie, die dritte ist aus dem Regiment Franz und dem dritten Garde-Regiment zu Fuß zusammengesetzt. Ein vierter Brigadverband ist aus der Garde-Fuß-Artillerie, den Pionieren, dem Eisenbahn-Regiment und der Rekrutpagnie der Artillerie Schießschule gebildet. Im zweiten Treffen steht das Garde-Kürassier-Regiment auf dem rechten Flügel; es reihen sich daran die ersten Garde-Dragoon, das zweite Garde-Ulanen-Regiment. Die beiden Garde-Artillerie-Regimenter, die Batterien der Schießschule und der Garde-Train machen den Schluß des Treffens. Der Train Capiti hat jenseits der Chaussee Aufstellung gefunden und erhebt sich hoch in die Höhe. Gegen 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr vertheilten weitläufige Hofräume die Ankunft des Kaisers und seiner Suite. An der Spitze der glänzenden Zweite reitet der Kaiser in der Uniform des zweiten Garde-Regiments mit der Generals-Abzeichen, ihm zur Rechten König Humbert in der Uniform seiner 13. Infanterie auf einem kräftigen Fuchs; hinter beiden Monarchen die Kaiserin, im weißen Reitanzuge mit dem Bande des schwarzen Adlers, ihr zur Seite der Herzog von Neapel in der kleinfarbenen Infanterie, der Prinz-Regent von Braunschweig-Albrecht, in der Uniform des 1. Dragoner-Regiments, mit dem Feldmarschallsstern in der Rechten, der Erbprinz von Meiningen und die Gemahlinnen der beiden Prinzen in schwarzen Reitanzügen. Die bekannte bunte Kasse der deutschen und fremdländischen Offiziere, unter denen diesmal die wackeren Föderalisten der Italiener sich besonders bemerklich machen, schließt sich den Fürstlichkeiten an. Beim Nahen des Zuges macht der Kommandirende des Garde-Körps, Freiherr von Merseburg-Hillebrand die üblichen Meldungen, die Truppen präsentiren, die Musikcorps beginnen die Marschmusik und unter den Hymnen dieses italienischen Königsmarsches reitet der Kaiser mit seinen hohen Gästen und dem Tabe keine Treppen ab. Während der Begehung des zweiten Treffens hat die Infanterie zum Paradeplatz in Kompagnieform Aufstellung genommen. Nachdem die Suite den rechten Flügel der Kavallerie, die Kürassiere passiert, sprengt er an der Spitze der inzwischen gebildeten Kolonnen, übernimmt das Kommando der Parade und führt dieselbe seinem Gaste vor. Die Leib-Gendarmarie eröffnet den Zug; hinter ihr reitet der Kaiser, mit lauter, weithallender Stimme giebt er die Kommandos. Ihm folgt seine Maison militaire, auf deren hintern Flügel wir auch den russischen Militär-Bevollmächtigten, mit der nationalen weißen Pelzmütze erblickt. Die Infanterie folgt in der beschriebenen Reihenfolge; sie marschirt mit aufgestecktem Seitengewehr, und nach dem neuen Reglement, mit übergenommenem Gewehr. Ruhig und sicher marschiren die Bataillone in scharfer Richtung vorbei; die Aufregungen des vergangenen Tages sind nicht zu bemerken. Das Kaiser Franz-Regiment wird dem Kaiser von seinem Schwager, dem Erbprinzen von Meiningen vorgeführt. Die Kavallerie macht ihr erstes Desfiliren im Schritt und in Zügen. Die Kürassiere haben heute den Panzer abgelegt und führen zum ersten Male in der Parade die neu eingeführte Panzer; eine weitere Erneuerung ist bei ihnen, wie bei den Ulanen, das jetzt auch die Unteroffiziere mit etwas leichteren Panzern bewaffnet sind, welche zum Unterschießen Wimpel mit dem preussischen Adler auf weißem Felde tragen.

Vor die Front des 1. Garde-Dragoon-Regiments — fest sich der Regent von Braunschweig, Prinz Albrecht, und führt dasselbe dem Kaiser vor.

Bei der Artillerie folgt, eine Folge des neuen Exerzierreglements dieser Waffe, die Bedienungsmannschaft auch bei der Schützengruppe auf Probe und Geschütz auf. Die Schützengruppe, welche der Kolonne sonst anzuhängen schien, ist durch diese Aenderung vollständig gehoben und der Vorbereitungen der Truppe macht, Angesichts des guten Fiebermaterials derselben, den gleichen eleganten Eindruck, wie der eines Kavallerie-Regiments. Der zweite Vorbereitungen erfolgt bei der Infanterie in Regimentskolonne, bei der Kavallerie in Eskadronfront und im Tabe. Wieder folgt der Kaiser an die Spitze der Parade, wiederum führen die Prinzen ihre Regimenter vorbei. Um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr ist die Parade zu Ende. Ihre Hauptmomente hat der rafflos arbeitende Photograph, der auf seinem Wagen allen Bewegungen folgte, aufgenommen, und namentlich auch der schlichten Kameragefalten, der kaiserlichen Kinder nicht vergessen, die mitten im Waffenlärm aus ihrem Wagen hinaus dem militärischen Feste einen idyllischen Weichschmack gaben. Der Kaiser folgte, nachdem er seine Gemahlin und die Gäste bis zum Steuerbause begleitet, noch einmal um; wie es heißt, soll es sich um einige auf dem Paradeplatz vorgenommene Verbesserungen gehandelt haben. Nachdem bewegt er sich an der Spitze der Fahnen-Eskorte zur Stadt zurück.

Eine große und sehr freundliche Ueberreichung rief es unter den an der Paradestraße sich drängenden Massen hervor, als man die Kaiserin Augusta Victoria, nur von einer kleinen Suite begleitet, an der Seite des Königs von Italien nach dem Tempelhofer Felde hinarbeiten sah. Die junge Herrscherin in zartem Rosa Kleide und breitkrempigen Hut, das orangefarbene Band des schwarzen Adlers, um die Brust, blühend und in strahlender Freude, gewährte auf ihrem herrlichen Fuchs einen prächtigen Anblick. In lebhafter Unterhaltung mit König Umberto ritt sie dahin. In der Belle-Alliancestraße schlug die Kaiserin ein so feuriges Tempo an, daß der König von Italien ein wenig Milde hatte, um ihr zu folgen. Von den Bürgersteigen und von allen Fenstern der Häuser ertönte ein ständiges Jubelgeschrei, wurde mit den Taschentüchern zur Begrüßung geweht.

Unmittelbar nach Schluß der Parade hatten sich der König von Italien sowie der Kronprinz von Italien in Begleitung ihres Stiefadjutanten und Dolmetschers, sowie mehrerer höherer Offiziere in Equipagen nach der in der Hellmannstraße gelegenen Fabrik der bekannten All-Gesellschaft von Ludwig Löwe u. Ko. begeben, um hier eine Besichtigung des großartigen Establishments vorzunehmen. Unter den begleitenden Offizieren befanden sich unter Anderem auch der Inspektor der Gewerkschaften Kändler und Major Menges, derselbe, der seiner Zeit im Auftrage unseres Kaisers das erste fertiggestellte neue Gewehr dem österreichischen Kaiser überreichte. Punkt 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr führten die hohen Herrschaften aus dem Portal der Fabrik vor und wurden dabei von Herrn Fabrikdirektor Löwe begrüßt. Unter Führung dieses Herrn nahm dann der Monarch und sein Gefolge die einzelnen Maschinenwerkstätten, welche sich im vollen Betrieb befanden, in Augenschein und stellten sich die der Gießerei, sowie einigen Arbeitsstätten einen etwa eine Viertelstunde währenden Besuch ab. Im Besonderen der hohen Herrschaften vollzog sich in der Gießerei ein Probeguss, welcher prächtig gelang, die versprochenen Initialen W und U mit der italienischen Krone. Im Ganzen verweilten die hohen Herrschaften etwa 40 Minuten in der Fabrik, und König Humbert sprach Herrn Direktor Löwe wiederholt seine außerordentliche Anerkennung über das Gesehene aus. Beim Verlassen der erlauchten Gäste brachten die Arbeiter, welche sich inzwischen mehrere hundert Mann stark auf dem Hofe gesammelt, ein donnerndes Hoch auf den Herrscher Italiens aus, wofür dieser in leuchtendster Weise dankte. Ein angebotenes Frühstück wurde seitens des Monarchen dankend abgelehnt, da um 1 Uhr Mittags Galafrühstück beim Kaiser angelegt war. Kaiser Wilhelm, welcher anfänglich die Absicht gehabt, seinen hohen Gast in die Fabrik von Ludwig Löwe und Co. zu begleiten, hatte heute Vormittag abgesehen lassen müssen. Vor dem Fabrikgebäude selbst, sowie in der Hollmannstraße hatte sich große Menschenmassen auf die Kunde, daß der König von Italien baldst verweile, angesammelt und begrüßten den Monarchen ebenfalls mit nicht enden wollenden Hochrufen.

### Deutschland.

Berlin, 22. Mai. Bei den konservativen Gruppen des Reichstages hat ein Artikel mancherlei Empfindungen hervorgerufen, in welchem das „Deutsche Tageblatt“ den bekannten Wisconsinfall in der Sonnenablenkung des Reichstages, insbesondere das Verhalten des Reichstagspräsidenten gegenüber den Prinzen im Reichstage einer abfälligen Kritik unterzogen hatte. Wie die „Nord. Allg. Ztg.“ hört, haben jene Empfindungen besonders dadurch eine Verstärkung erfahren, daß in den Parlementsreisen jene Auslassungen des „Deutschen Tageblatt“ für inspirirt gehalten wurden. Diese Voraussetzung entbehrt jedoch jeder Begründung, und wie man zu verstehen hat, gelangen können, ist völlig unerschöpflich, nachdem der Reichstagspräsident selbst Veranlassung genommen hatte, bei der ersten Begegnung mit dem Reichstagspräsidenten nach jener Sitzung demselben sein Bedauern darüber auszusprechen, daß er gegenüber den bekannten Zwischenfällen in der Sonnenablenkung dem Präsidium in der Ausübung seiner Disziplinargewalt vorgegriffen hatte.

Ueber die Brunnentafel, welche gestern Abend 7 Uhr in der Bildergalerie des Schlosses zu Ehren des Königs von Italien stattfand, berichtet die „Kreuzztg.“:

Der erlauchte königliche Gast sah zwischen dem Kaiser, der die Uniform des 1. Garde-Regiments z. F. trug, zur Linken und der Kaiserin zur Rechten. Neben der Kaiserin fand der Kronprinz Viktor Emanuel seinen Platz, neben dem Kaiser die Frau Herzogin Johann Albrecht von Mecklenburg. Gegenüber dem König Umberto ritt sich der Reichstagspräsident Bismarck nieder, ihm zur Rechten Minister Crispien und Generalfeldmarschall Graf Moltke, links der Reichstagspräsident Graf Kanad und der Oberkammerer Graf Stolberg-Berninger. Die königlichen Prinzen und die Prinzen aus



25 Francs per Stück	16,21 ₤	Deut. Reichsmark	215,75 ₤
Dollars	4,185 ₤	Russ. Noten 100 R.	217,60 ₤







